

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte, Sehr geehrter Herr Landrat,



Ich habe heute die Möglichkeit zum Thema Asyl und dem vorliegenden Antrag zu sprechen. Ich gebe gerne zu, dies fällt mir als Liberalen unglaublich schwer. Das liegt nicht daran, dass ich keine Meinung dazu habe, im Gegenteil. Es ist leider so, dass in allen Diskussionen immer wieder in Links oder Rechts eingeteilt wird. Einem Liberalen liegt aber eine solche Einteilung ebenso fern wie dem normalen Bürger, der für seine Meinung kaum noch eine Plattform findet oder sich schon gar nicht mehr traut etwas zu sagen. Die Diskussion ist vergiftet und es werden nachweisliche Fehlinformationen verbreitet, um die Bevölkerung zu verunsichern. Auf der anderen Seite tun manche Asylbewerber alles, um die bestehenden Vorurteile noch zu untermauern. Beides ist nicht zu akzeptieren, macht die Situation aber umso schwieriger.

Eine differenzierte Meinung ist nur schwer zu kommunizieren und zu argumentieren, dennoch möchte ich es versuchen.

Thema Nr. 1 in Deutschland, Sachsen, im Kreis und den Städten und Gemeinden ist die Asylpolitik. Ich schüttele nur noch den Kopf über die dabei „selbstgemachten Probleme“. Viele sind zuständig, aber keiner verantwortlich. Die Kommunen und Landkreise sind das letzte Glied in der Kette und bekommen den Ärger der Bürger unmittelbar ab. Es fehlt an einem ganzheitlichen bundesdeutschen und europäischen Konzept. Stattdessen folgen wir unbeeindruckt dem komplizierten deutschen Verwaltungsrechtsweg. Das führt zu langen Asylverfahren! Unternehmer leiden schon lange unter den berühmten deutsch- bürokratischen Gängelungen. Nun merken wir, mit Bürokratismus können wir auf die Flüchtlingsströme nicht angemessen reagieren. Flexible und problemorientierte Lösungen sind aber noch nicht möglich. Das akzeptieren wir Liberalen nicht.

Verstehen Sie mich bitte richtig, es ist unsere humanitäre Pflicht, politisch Verfolgten und Kriegsflüchtlings uneingeschränkt zu helfen. Humanitäre Hilfen und das Grundrecht auf Asyl stehen nicht zur Debatte. Das Grundgesetz bildet die Leitlinie unseres Handelns. Wir Liberalen fordern aber zudem ein vernünftiges Zuwanderungsgesetz. Denn wie wollen Sie in Zeiten des Fachkräftemangels erklären, dass Sie den gut ausgebildeten Restaurantfachmann aus dem Kosovo mit perfekten Deutschkenntnissen abschieben, während ein straffällig gewordene Asylbewerber den deutschen Justizweg beschreiten kann und vorerst bleibt?

Bis es aber zu einem solchen Zuwanderungsgesetz kommt, müssen wir konsequent nach deutschem Recht und Gesetz handeln. Ausnahmen gibt es nicht! Wer straffällig wird, wird verurteilt. Wer nachweislich kein Recht auf Asyl hat wird abgeschoben. So ist die Gesetzeslage. Das hat auch nichts mit Rechts oder Links zu tun, werte Kolleginnen und Kollegen, so ist die aktuelle Gesetzeslage.

Unabhängig von der Anzahl der Flüchtlinge, die jetzt noch zu uns kommen, dürfen nicht die Fehler wiederholt werden, die bei der Integration der sogenannten „Gastarbeiter“ und Spätaussiedler gemacht wurden. Schon in den kommenden Wochen und Monaten steht Deutschland im Umgang mit den Flüchtlingen, die zu uns kommen, am Scheideweg: Dann nämlich entscheidet sich, ob wir die Einwanderung in positive Bahnen lenken können – oder ob das Jahr 2015 eines Tages als Sinnbild für eine gescheiterte Flüchtlingspolitik steht, in deren Folge die sozialen Probleme des Jahres 2025 entstanden sind.

Aus der aktuellen Flüchtlingskrise darf keine Integrationskrise werden. Dafür müssen die deutsche Bundesregierung und die Länder entschlossener handeln, als sie es zuletzt getan haben. Wir

brauchen umgehend einen bundesweiten Aktionsplan Integration. Nur mit einem Plan für die Zukunft können wir die Akzeptanz der Bürger zurückgewinnen.

Wir müssen die schwarz-rote Realität vorerst anerkennen, konsequent handeln und so offen wie wir es hier tun über Chancen, aber auch über Risiken sprechen. Schweigen und verschweigen nützt niemandem etwas. Wir müssen die Karten offen auf den Tisch legen um Gerüchten und Propaganda vorzubeugen.

Gestatten Sie mir hier noch eine persönliche Bemerkung. Ich halte nicht die Frage um den Euro und Griechenland für die größte Herausforderung der EU und deren Zusammenhalt sondern wie wir gemeinsam in Europa mit der Frage der Flüchtlinge umgehen. Sollten wir als Europäer keine gemeinsame Linie finden, ist es schlecht bestellt um den europäischen Gedanken.

Doch wir müssen auch in Deutschland ganz konkret andere Wege beschreiten, an die man momentan noch nicht denkt um vorerst die Symptome dieser Asylproblematik bekämpfen zu können.

Vorerst ist es unsere Aufgabe, ausreichend Unterkünfte für Asylsuchende und Flüchtlinge anzubieten. Dabei muss zukünftig viel stärker zwischen anerkannten Antragstellern und nicht Bleibeberechtigten unterschieden werden.

Denn für Erstere werden wir für einen längeren Zeitraum zu sorgen haben. Damit stellt sich natürlich auch die Frage einer bestmöglichen Integration. Diese darf keine Einbahnstraße sein und bildet die Grundlage eines guten und erfolgreichen Lebens in Deutschland.

Doch wo ist diese Integration besser möglich als in Wohnungen, mit der Teilhabe am öffentlichen Leben. Deshalb sollten wir im Land dafür sorgen, dass ausreichend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht, sodass dieser auch an Bleibeberechtigte vergeben werden kann. Die Stadt Meißen kann hierbei ausdrücklich für die Ausfüllung des Konzepts der dezentralen Unterbringung lobend erwähnt werden.

Dem gegenüber steht jedoch der Abriss von Wohnungen mit Hilfe öffentlicher Fördermittel. Natürlich sollen auch Stadtumbaumaßnahmen weiter vorangetrieben werden. Es kann und darf jedoch nicht sein, dass der Abriss von Wohnraum subventioniert wird, während dieser dringender denn je gebraucht wird.

Im Landkreis sorgen wir so gut es geht für die Unterbringung und Betreuung der vielen Flüchtlinge. Fast alle die hier im Kreistag sitzen, so behaupte ich, versuchen alles Mögliche um die aktuelle Situation erfolgreich zu lösen. Populismus hilft uns dabei aber ebenso wenig wie das gemeinsame Tanzen und Singen von Liedern auf öffentlichen Plätzen. Beides ist schön einfach, löst aber die Probleme der vollkommen überlasteten Kommunen und Kreise nicht im Ansatz.

Lassen Sie es mich klar sagen: Die Informationspolitik von Landesregierung und ganz speziell dem Innenministerium ist eine Katastrophe. Das haben wir hier im Landkreis Meißen erst wieder am Beispiel "Real" in Niederau erleben müssen, wo ein vormals als untauglich klassifiziertes Gebäude nun gegen alle vorherigen Aussagen doch eine Asylunterkunft werden soll. Bedenken Sie: 500 Asylbewerber in einem Dorf mit rund 4000 Einwohnern (ca. 1500 im Kerngebiet um den ehemaligen Real). Ich verstehe sehr gut, wenn sich die von der Entwicklung „überfahrenen“ Nachbarn ängstigen und nicht wissen was auf Sie zukommt. Diese Situation ist in vielerlei Hinsicht enorm unbefriedigend.

Über die Herausforderungen für die Zukunft wurde bisher so gut wie gar nicht gesprochen oder nachgedacht. Was ist z.B. mit Kita Plätzen, an die man aktuell schon nur schwer herankommt. Wie funktioniert die Integration in der Schule und wie gehen wir mit dem "aufeinanderprallen" der unterschiedlichen Kulturen um. Hier muss dringend Vorarbeit geleistet werden. Aktuell sind wir Getriebene, wir müssen aber das Heft des Handelns wieder an uns nehmen.

Ich vergleiche es so: „Ein Bürger, der sich in seinem Haus wohl und sicher fühlt, öffnet auch seine Tür und heißt Willkommen“. Vielleicht unterschätzen wir, wie die finanzielle Mangelausstattung der Kommunen und Kreise in den letzten Jahren genau dieses Wohlfühl- und Sicherheitsgefühl verhindert hat.

Erich Sixt hat einmal gesagt, "Sozial ist nicht, etwas zu verteilen, sondern dafür zu sorgen, dass es etwas zu verteilen gibt."

Die permanente Sparpolitik, die Kürzung von Förderungen für Ehrenamtliche und Vereine, zu wenig gut bezahlter Arbeitsplätze im Osten, die Abwanderung der Jugend, der Lehrer- und Polizistenmangel und der demografische Wandel wecken Verlustängste. Statt gegen die Ausländerfeindlichkeit der Deutschen zu schimpfen müssen wir tiefer nach den Ursachen des Unmuts fragen.

Ich werde immer wieder angesprochen, wie es mit der Fortführung der anderen Probleme im Kreis Meißen weitergeht, z.B. mit dem weiteren Ausbau der B 169, dem Krankenhausausbau, dem Schul- und Straßenbau, die Weiterführung der S84 nach Meißen, B98 uvm. Das scheint gar keine Rolle mehr zu spielen. Der normale Bürger versteht nicht, warum für eben jene Aufgaben jahrelang kein Geld da war, andere Dinge jetzt aber auf einmal sehr schnell gehen und Geld vorhanden ist.

Wir dürfen nicht zulassen, dass wir wegen der Asyldebatte unsere ureigensten Aufgaben aus den Augen verlieren.

Jochen Bittner von der "Zeit" hat dazu geschrieben: "Wir werden uns streiten müssen mit all jenen, die jetzt Teil dieses Landes werden. Wir werden es respektvoll tun müssen, aber ohne falschen Respekt. Achtsam, aber mit Selbstachtung. Sanft im Ton, aber hart in der Sache. Wenn wir das schaffen, schaffen wir für uns alten Deutschen nicht weniger als für die neuen." Das kann ich nur unterstützen.

Nicht zuletzt noch ein besonderes Anliegen:

Einen Dank an die Helfer und Ehrenamtler aber auch Dank an die normalen Bürger die diese neue Situation versuchen ohne Befindlichkeiten oder Vorurteile zu meistern. Denn es ist auch für diese Bürger, die sich nicht irgendwo engagieren schwer, sich auf neue Situationen wie diese einzustellen.

Wir müssen aber darauf achten, den Bogen nicht noch mehr zu überspannen und versuchen, das Beste daraus zu machen. Für die Bevölkerung und für die Asylsuchenden. Das ist ein schwerer und steiniger Weg, doch wir werden es auf Ebene der Städte, Gemeinden und Kreise weiter versuchen, wohlwissend das wir die Probleme nur verwalten und die Ursachen auf anderen Ebenen liegen.

Dem Antrag mit den Änderungen der CDU bzgl. einer Verlängerung der Frist bzgl. des Waldhotels in Weinböhlä, stimme ich zu.

Vielen Dank.

Es gilt das gesprochene Wort.